

Regierung sperrt YouTube

Die thailändische Regierung ließ am 4. April 2007 die gesamte Internetplattform *YouTube* für einige Tage sperren, nachdem ein User dort ein Video online gestellt hatte, das als Beleidigung gegen den König angesehen wurde. Informations- und Technologeminister Sitthichai Pookaiyaudom äußerte, die Entscheidung, die komplette Domain zu sperren, sei gefallen, nachdem sich das Unternehmen Google, dem *YouTube* gehört, geweigert hatte den Clip zu entfernen. Die Internetzensur stieß in der internationalen Presse auf deutliche Kritik. So äußerte beispielsweise *Journalisten ohne Grenzen* Bedenken darüber, dass die Regierung seit dem Militärputsch nicht nur den Zugang zu pornographischen oder majestätsbeleidigenden Beiträgen im Internet blockiere, sondern die Zensur auch gezielt nutze, um regierungskritische Internetseiten sowie Seiten, die in Verbindung mit Thaksin-Anhängern oder separatistischen Gruppierungen in Südthailand gebracht werden, zu sperren. In den thailändischen Medien sorgte die Zensur dagegen kaum für Aufsehen und wurde aufgrund der Majestätsbeleidigung teilweise sogar begrüßt.

vgl. *The Nation* 5./6.4.07; *RSF* 5./11.4.07

Flughafen wiedereröffnet

Der Don-Mueang-Flughafen in Bangkok wurde nach Beendigung der Umbauarbeiten am 25. März 2007 wieder in Betrieb genommen. Die Wiedereröffnung soll im Wesentlichen der Entlastung des neuen Flughafens Suvarnabhumi dienen. Während die Regierung noch im Februar verkündet hatte, den Don-Mueang-Flughafen auch wieder für internationale Flüge öffnen zu wollen, soll er nun ausschließlich für Inlandsflüge ohne Anschlussflug dienen. Neben den Billig-Fluglinien Nok Air und One-Two-GO, die ihre

gesamten Flüge über den alten Flughafen abwickeln, wird auch Thai Airways International zukünftig den Großteil seiner Inlandsflüge über Don Mueang anbieten. Insgesamt werden dort momentan täglich circa 140 Flüge mit bis zu 20.000 Passagieren abgefertigt. Im Zuge der Wiedereröffnung wurde die Schreibweise des Flughafens zudem von Don Muang in Don Mueang umgeändert, da dies der thailändischen Aussprache besser entspricht.

vgl. www.thaipage.ch; *The Nation*, 26.3.07

Thaksins Ehefrau vor Gericht

Wegen angeblicher Steuerhinterziehung müssen sich derzeit Thaksins Ehefrau Khunying Potjaman Shinawatra, ihr Stiefbruder Banpot Damapong und ihre Sekretärin Karnchanapa Honghern vor der Generalstaatsanwaltschaft verantworten. Potjaman wird beschuldigt, ihrem Stiefbruder 1997 4,5 Millionen Aktien des Shin-Konzerns überschrieben zu haben ohne die dafür anfallenden Steuern in Höhe von 546 Millionen Baht (12,4 Millionen Euro) zu zahlen. Darüber wird den drei Angeklagten vorgeworfen, 2001 bei Befragungen wissentlich falsche

Angaben zu diesem Sachverhalt gemacht zu haben. Potjaman behauptet im Gegensatz dazu, dass die Aktien ein Geschenk an ihren Bruder und somit von der Steuer ausgenommen gewesen seien. Nachdem die drei Angeklagten im März gegen eine Kaution von jeweils fünf Millionen Baht vorläufig auf freien Fuß gesetzt wurden, steht nach Prozessbeginn Ende Mai ein abschließendes Urteil voraussichtlich im August aus. Bei Verurteilung ist mit einer bis zu 14-jährigen Haftstrafe sowie einer hohen Geldstrafe zu rechnen.

vgl. BP, 15.5.07

Kritik an Verfassungsentwurf

Thailändische Studenten und Professoren protestieren derzeit gegen den Verfassungsentwurf, der vom verfassungsgebenden Rat (CDC) erarbeitet wurde. Die Hälfte der 200 Mitglieder des CDC wurde von der derzeitigen Militärregierung ernannt und ist somit nicht demokratisch legitimiert. Die Kritiker rufen die Bevölkerung daher dazu auf, den Verfassungsentwurf im geplanten Referendum im Herbst 2007 zu boykottieren. Darüber hinaus fordern sie Wahlen innerhalb der nächsten zwei Monate, da nur ein demokratisch gewähltes Parlament eine Verfassung erarbeiten dürfe.

Einzelne Teile des Verfassungsentwurfes, etwa die geplante Verankerung des Buddhismus als Staatsreligion oder Artikel 299, der den Mitgliedern der derzeitigen Regierung Amnestie gewähren soll, stießen bei der Bevölkerung besonders auf Kritik.

Als Reaktion auf die anhaltende Kritik forderte der CDC-Vorsitzende Prasong Soonsiri die Thais auf, ihre Zustimmung zur Verfassung nicht von einzelnen Artikeln abhängig zu machen, sondern das Gesamtkonstrukt zu beurteilen.

vgl. *The Nation*, 23.4., 23./28./29.5.; BP, 15.5.07

Keine Entspannung im Süden

In Thailands Süden kam es auch in den vergangenen Monaten nicht zu einer Besserung des Konfliktes. Weiterhin finden fast täglich Anschläge statt, die besonders um das chinesische Neujahrsfest im Februar 2007 zunahmen und in dieser Zeit fast 30 Menschenleben kosteten. Das Innenministerium beklagt zudem eine wachsende Brutalität in den südlichen Provinzen Yala, Pattani und Narathiwat. Die thailändische Regierung reagierte darauf mit einer Entsendung von zusätzlichen 1.700 Polizisten

in die Konfliktregion, die die bereits dort stationierten 30.000 Soldaten und 10.000 Polizisten unterstützen sollen. Zudem hat die Regierung unter Surayud Chulanont im Februar beschlossen, aus Sicherheitsgründen die Grenzmauer in der Provinz Songkhla um weitere 27 Kilometer verlängern zu lassen. Die Bevölkerung setzte sich währenddessen mit Friedensdemonstrationen in zahlreichen thailändischen Städten für ein baldiges Ende des Konfliktes ein.

vgl. www.thaipage.ch

Verfahren gegen Thaksin?

Thaksin Shinawatra könnte eventuell bereits vor der geplanten Wahl Ende 2007 nach Thailand zurückkehren, um sich dort gemeinsam mit seiner Frau Pojaman vor Gericht wegen Korruptionsvorwürfen zu verantworten. Pojaman Shinawatra hatte 2003 ein fünf Hektar großes Grundstück in Bangkok vom staatlichen Financial Institutions Development Fund (FIDF) erstanden, dessen Wert sich innerhalb kurzer Zeit verdoppelte. Da Thaksin zu dieser Zeit Aufsichtsratsvorsitzender des FDIF war, sieht das Komitee zur Überprüfung von Vermögenswerten (ASC) durch den klaren Interessenkonflikt einen Verstoß gegen das Anti-Korruptionsgesetz als gegeben an.

Da das ASC rechtlich nicht befugt ist, dem im Exil lebenden ehemaligen Regierungschef die Einreise zu gewähren, war zunächst nicht klar, ob die derzeitige Regierung einer Vorladung Thaksins zustimmen würde. Premierminister Chulanont äußerte jedoch Mitte Mai, dass die Regierung einer Einreise nicht im Weg stehen würde, falls es zu einer Anklage Thaksins kommen sollte. Der Vorsitzende des Rates für Nationale Sicherheit (CNS) General Sonthi Boonyarakalin sprach sich jedoch indirekt gegen eine Vorladung Thaksins aus und regte den ASC an über andere rechtliche Möglichkeiten nachzudenken.

vgl. Asia Press 28.2.07; www.thaipage.ch

Erdbeben im Norden

Ein Erdbeben mit einer Stärke von 6,1 auf der Richterskala hat am 16. Mai 2007 die Grenzgebiete von Thailand, Burma und Laos erschüttert. Durch die niedrige Bauweise der Häuser in der nördlichen Region kam es nur zu geringen Schäden. Das Erdbeben war jedoch auch im über 800 Kilometer entfernten Bangkok zu spüren, wo es durch die schwankenden Hochhäuser kurzzeitig zu einer Panik unter den Einwohnern kam. Wäh-

rend nach bisherigen Angaben niemand verletzt wurde, warf das Erdbeben jedoch Bedenken auf, dass gerade die Hauptstadt bei einem Beben in geringerer Entfernung stark gefährdet sein könnte. Die meisten Hochhäuser sind nicht erdbebensicher erbaut und der Boden, auf dem Bangkok errichtet wurde, ist verhältnismäßig weich, was den Effekt der Erdbebenschwingungen zusätzlich verstärkt.

vgl. The Nation, 18.5.07

Thai Rak Thai aufgelöst

Die ehemalige Regierungspartei *Thai Rak Thai* (TRT) wurde am 30.5.2007 vom Verfassungsgericht aufgelöst, nachdem dieses die Partei des Wahlbetruges für schuldig befunden hatte. Die TRT soll kleinere Parteien bestochen haben, an der vorgezogenen Wahl 2006 teilzunehmen, um diese glaubwürdiger erscheinen zu lassen. Neben der Auflösung der Partei verhängten die neun Verfassungsrichter, die der *Nationale Rat für Sicherheit* (CNS) nach dem Coup eingesetzt hatte, für 111 TRT-Führungsmitglieder ein Verbot, sich innerhalb der nächsten fünf Jahre politisch zu betätigen. Dies betrifft unter anderem den ehemaligen Premierminister Thaksin Shinawatra.

Neben der TRT als mitgliederstärkste Partei war mit der *Democrat Party* (DP) auch die zweitgrößte Partei und gleichzeitig die wichtigste Oppositionspartei der TRT wegen Verstoßes gegen das Wahlgesetz angeklagt worden. Sämtliche Anklagepunkte gegen die DP wurden jedoch fallengelassen.

Die Entscheidung des Verfassungsgerichtes wurde als bedeutendes politisches Ereignis in Thailand angesehen. Zwar kam es nach Verkündung des Urteils nicht wie zuvor befürchtet zu gewaltsamen Ausschreitungen, doch gehen Beobachter davon aus, dass die Entscheidung eine politische Spaltung des Landes weiter vorantreiben könnte, da die TRT besonders in der ländlichen Bevölkerung immer noch über großen Rückhalt verfügt. Das Gerichtsverfahren wird zudem als Versuch des CNS gesehen, den Coup nachträglich zu legitimieren und das weitere politische Geschehen zu seinen Gunsten zu beeinflussen. Auch wenn eine Neugründung der TRT unter anderem Namen sehr wahrscheinlich scheint, so wird das Urteil doch deutlichen Einfluss auf die Wahlen Ende des Jahres nehmen und somit als Schwächung des thailändischen Parteiensystems angesehen.

vgl. BP 30.5.; The Nation 1.6.07

nachrichten